

Lfd. Nr.	Federführung Dezernat	Amt/ Zuständigkeit	Antrag	Fraktion	Seite in der Rede/ Antrag	finanzielle Auswirkungen nach Jahren (soweit Angabe möglich)	im (Ausschuss)	Behandlung vorgesehen am/im	durch (A, B, C, D*)	Erledigungs- datum/ Ausschuss	Bemerkungen
1	3	31, 33	Realisierung von Projekten verschieben Gemäß den Empfehlungen des Regierungspräsidiums Stuttgart werden vom Kreistag bereits beschlossene und mit der Realisierung noch nicht begonnene Maßnahmen und Projekte nicht im Jahr 2025 in die Umsetzung gebracht und entsprechend für Folgejahre beplant. Die Kreisverwaltung wird beauftragt, hierzu Projekte und Maßnahmen zu benennen und diese entsprechend in die mittelfristige Finanzplanung ab dem Haushaltsjahr 2026 vorzusehen. Hierzu gehören beispielsweise Maßnahmen in den Bereichen Wasserstoff, Radschnellwege.	CDU	Seite 6 / A01	vorerst nein	VA	29.11.2024	B		Beantwortung in HH-BU 2024/167.
2	LR	BKK/KreisWIF ö, VRS, WRS	Entwicklungsflächen für Gewerbe und für Wohnen a. In welchem Umfang sind weitere Entwicklungsflächen für Gewerbe und für Wohnen im Landkreis notwendig? b. Welche Maßnahmen zur Stärkung von Entwicklungsflächen für Gewerbe und für Wohnen sind auf Landkreisebene möglich? Welche Maßnahmen ergreift die Landkreisverwaltung? Ziel muss sein, mit den Städten und Gemeinden Entwicklungsflächen auszuweisen.	CDU	Seite 7 / A02	nein	VA	04.07.2025	C		ähnlich lfd. Nr. 3 Antrag CDU und lfd. Nr. 36 Antrag SPD
3	LR	BKK, WIF, WRS, WiFö	Struktur der Wirtschaftsförderung Wir beantragen, die Struktur- und Strategie der Wirtschaftsförderung anzupassen. Wie stellen wir uns (neu) auf? Wie können wir Kräfte bündeln, um sie zu stärken? Welche Maßnahmen schlägt die Wirtschaftsförderung vor, um Erweiterungen, Innovationen, Gründungen und Ansiedlungen in den Landkreis zu holen?	CDU	Seite 7 / A03	vorerst nein	VA	21.03.2025	C		ähnlich lfd. Nr. 2 , Antrag CDU, lfd. Nr. 19, Antrag Freie Wähler, lfd. Nr. 36, Antrag SPD, lfd. Nr. 52 Antrag FDP Strukturüberprüfung wird zugesagt; Vorschlag zur Vorgehensweise folgt
4	3	AFK, 31	Klinikfinanzierung - Klage Die Kreisverwaltung wird beauftragt, sich dem Klageverfahren gegen den Bund und das Land wegen einer nicht auskömmlichen Finanzierung des Klinikwesens anzuschließen.	CDU	Seite 8 / A04	nein	AR KT	26.02.2025 14.03.2025	C		siehe lfd. Nr. 17 Antrag Freie Wähler
5	3	AFK, 31	Defizitabdeckung AFK Wir beantragen, das Alb-Fils-Klinikum an der Defizitabdeckung in Höhe von 2 Mio. Euro direkt zu beteiligen.	CDU	Seite 8 / A05	ja, - 2,0 Mio. € (2025)	AR VA KT	11.11.2024 29.11.2024 10.12.2024	B	11.11.2024	VA: Beantwortung in HH-BU 2024/167. KT: TOP: "Aktuelles aus dem Klinikum"
6	3	AFK, 31	Cafeteria AFK Der Kreistag beauftragt die Mitglieder der Gesellschafterversammlung, eine Prüfung zu folgendem Sachverhalt über die Geschäftsführung zu beauftragen, inwieweit eine Kostenreduzierung durch die Vermietung/Verpachtung der Cafeteria der Alb-Fils-Klinik gedrosselt werden könnte und zusätzliche Erträge abgebildet werden könnten.	CDU	Seite 8 / A06	vorerst nein	KT	10.12.2024	A		i. Z. m. TOP "Aktuelles aus den Klinikum"

Lfd. Nr.	Federführung Dezernat	Amt/ Zuständigkeit	Antrag	Fraktion	Seite in der Rede/ Antrag	finanzielle Auswirkungen nach Jahren (soweit Angabe möglich)	im (Ausschuss)	Behandlung vorgesehen am/im	durch (A, B, C, D*)	Erledigungs- datum/ Ausschuss	Bemerkungen
7	3	AFK, 31	Kooperationen AFK Wir beantragen, über Kooperationen des AFK im Kreistag zu berichten. Im Hinblick auf die Erreichbarkeit, Synergien und Wirtschaftlichkeit wird der Ausbau von Kooperationen der Alb-Fils-Klinik mit angrenzenden Universitäts- und Kreis- sowie städtischen und Kliniken in privater Trägerschaft geprüft. Ziel soll sein, z.B. eigene profitable Bereiche und Schwerpunkte zu stärken, weiter auszubauen und dadurch mehr Erlöse zu generieren, weniger starke durch eine gute Versorgung anderenorts abzubauen und frei werdende Ressourcen umzuschichten. Ziel kann auch sein, neue Schwerpunkte im Rahmen einer Kooperation aufzubauen, z.B. um bereits vorhandene zu sichern oder zu ergänzen. Ausgehend vom aktuellen Stand der Kostendeckung/Defizite der einzelnen Abteilungen/Bereiche/Schwerpunkte werden die Ergebnisse dieser Untersuchung in verschiedenen Szenarien dem Kreistag vorgestellt.	CDU	Seite 8 / A07	nein	KT	1. HJ 2025	C		
8	5	55	Task Force A8 und Task Force B10 Wir beantragen eine Task Force A8 und eine Task Force B10, um beide Baumaßnahmen noch aktiver unterstützen zu können.	CDU	Seite 10 / A08	nein	UVA	18.02.2025	C		
9	5	55	Dynamischer Nahverkehrsplan Der Kreistag beschließt, dass für die kommenden Ausschreibungen der Linienbündel im ÖPNV auf Grundlage der tatsächlichen Fahrgastzahlen und alternativer Maßnahmen wie Rufbussen mehr optionale und dynamisierte Leistungen einfließen. Lose, die dann bei Bedarf höherer Nachfrage später hinzugebucht werden können und nicht zwingend für eine auskömmliche ÖPNV-Versorgung erforderlich sind, werden in der Ausschreibung optional ausgeschrieben.	CDU	Seite 10 / A09	ggf. ja	UVA KT	26.11.2024 10.12.2024	B	26.11.2024	ähnlich lfd. Nr. 54 Antrag FDP; innerhalb BU 2024/246
10	5	55	VVS-Rider Der VVS-Rider, das neue on-demand-Angebot, soll die Mobilität im ländlichen Raum stärken und das obere Filstal und die Raumschaft Geislingen besser an das AFK anbinden. Wir beantragen über das mehrfach geänderte Konzept eine Beratung im UVA.	CDU	Seite 11 / A10	nein	UVA	13.05.2025	C		
11	LR	BKK	Bericht Tourismusbeauftragter Tourismus ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Wir beantragen einen Bericht des neuen Tourismusbeauftragten, in dem er Schwerpunkte und Zielsetzungen der Weiterentwicklung des Tourismuskonzeptes benennt und aus seiner Sicht erläutert, ob durch Strukturveränderungen der Tourismus noch mehr gestärkt werden kann.	CDU	Seite 11 / A11	nein	VA	09.05.2025	C		
12	3	33, 32	Schulen – Bodelschwingschule Göppingen Die Zahlen der Schülerinnen und Schüler an der Bodelschwingschule Göppingen steigen massiv. Eine Raumerweiterung ist für die Schulgemeinschaft ein wichtiger Schritt für die Bildung und Betreuung der Kinder und Jugendlichen. Eine zeitnahe und wirtschaftliche Realisierung der Raumerweiterung soll geplant und umgesetzt werden. Die Kreisverwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit die Umnutzung bestehender Liegenschaften des Landkreises hinsichtlich der zeitlichen Dimension sowie der Wirtschaftlichkeit geeignet sind anstelle von Neu- bzw- Erweiterungsbauten.	CDU	Seite 12 / A12	nein	VA	21.03.2025	C		

Lfd. Nr.	Federführung Dezernat	Amt/ Zuständigkeit	Antrag	Fraktion	Seite in der Rede/ Antrag	finanzielle Auswirkungen nach Jahren (soweit Angabe möglich)	im (Ausschuss)	Behandlung vorgesehen am/im	durch (A, B, C, D*)	Erledigungs- datum/ Ausschuss	Bemerkungen
13	5	51, KBM, 22	Katastrophenschutz und Alarmierung Das Landratsamt als untere Katastrophenschutzbehörde hat die Aufgabe, Katastrophen abzuwehren und die dafür notwendigen Vorbereitungsmaßnahmen zu treffen. 1. Wie und wann erfolgt die Alarmierung? 2. Wie hat aus Sicht der Verwaltung die Arbeit der einzelnen Stäbe sowie die horizontale und vertikale Zusammenarbeit der Technischen Stäbe und der Verwaltungsstäbe auf Landkreis- und Gemeindeebene funktioniert? 3. Wo gibt es aus Sicht der Verwaltung Potential, die Arbeit der einzelnen Stäbe und die Zusammenarbeit auszubauen, und welche zusätzlichen Maßnahmen bzw. Rahmenbedingungen sind hierfür dienlich.	CDU	Seite 13 / A13	nein	VA	09.05.2025	C		ähnlich lfd. Nr. 29, 30 Antrag FW
14	1	11	KI und Bürgerfreundlichkeit Service-Optimierung für die Bürgerinnen und Bürger ist für jede Verwaltung ein zentrales Anliegen. KI kann nicht nur zur Optimierung von internen Verwaltungsabläufen eingesetzt werden, sondern auch zu noch mehr Bürgerfreundlichkeit. Welche Überlegungen zu noch mehr Bürgerfreundlichkeit gibt es? Wir beantragen dazu einen Bericht.	CDU	Seite 13 / A14	nein	VA	28.02.2025	C		ähnlich lfd. Nr 25 Antrag FW KI mittels DA bereits in Umsetzung. Gerne einen Sachstandbericht zu KI.
15	1	11	Personal Im Sinne der Hinweise des Regierungspräsidiums Stuttgart soll der Ansatz des Hinauszögerns von Maßnahmen, um Kosten zu reduzieren, auch im Personalbereich angewendet werden. Um die Kostenminderung in diesem Bereich auch strukturell im Haushaltsjahr 2025 umsetzen zu können, beschließt der Kreistag, dass 1. vor Stellenneubesetzungen im Stabsbereich des Landrates eine Aufgabenkritik erfolgt und die Zielsetzung und Beschäftigungsumfang mit dem zuständigen Ausschuss des Kreistags beraten wird. 2. in den Bereichen Klima, Mobilität, Energie, bürgerschaftliches Engagement, Interkultur eine Aufgabenkritik erfolgt, inwieweit hier Synergien genutzt werden können und Aufgaben sowie Projekte in den bestehenden Stellen zusammengeführt werden können. Grundsätzlich ist bei Stellenbesetzungen in diesen Bereichen zudem eingehend zu prüfen, ob ein Erhalt dieser Stelle weiterhin eine Notwendigkeit darstellt. 3. grundsätzlich Stellen nach Ausscheiden nach sechs Monaten wiederbesetzt werden. Die Kreisverwaltung kann bei kritischen Stellen von diesem Ansatz abweichen und berichtet im Verwaltungsausschuss hierüber.	CDU	Seite 14 / A15	nein	VA	29.11.2024	B		im Rahmen der Stellenplan-BU; zu Nr. 2 Vorgehen wird vorgestellt; VA 28.02.2025
16	3	31	Kreisumlage Das auch nach weiteren Einsparungen bestehende Defizit des Kreishaushaltes im Rahmen des Haushaltsplanes 2025 wird mit dem Basiskapital gegengebucht, so dass nach vier Jahren ein entsprechender Ausgleich erfolgen wird. Die Gegenbuchung dient nicht dazu, weitere Maßnahmen umzusetzen, sondern die Kreisumlage entsprechend für die kreisangehörigen Städte und Gemeinden auf einem Maß zu halten, der für diese noch erträglich ist.	CDU	Seite 15 / A16	nein	VA	29.11.2024	B		Beantwortung in HH-BU 2024/167.

Lfd. Nr.	Federführung Dezernat	Amt/ Zuständigkeit	Antrag	Fraktion	Seite in der Rede/ Antrag	finanzielle Auswirkungen nach Jahren (soweit Angabe möglich)	im (Ausschuss)	Behandlung vorgesehen am/im	durch (A, B, C, D*)	Erledigungs- datum/ Ausschuss	Bemerkungen
16a	3	AFK, 31	Gesundheitszentrum Helfenstein Die CDU-Kreistagsfraktion beantragt, ergänzend zu dem in der Sitzung des Kreistags am 08. November 2024 gefassten Beschluss, die ALB FILS KLINIKUM GmbH und das Projektteam zu beauftragen, im Zuge der „Eigentümersuche“ mit dem nun vorgesehenen Bieterwettbewerb über ein Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnehmerwettbewerb auch die Möglichkeit zur Übertragung des Grundstücks an eine bestehende oder neu zu gründende öffentlich-rechtliche Stiftung zu prüfen.	CDU	nachgelieferter Antrag vom 19.11.2024	vorerst nein	KT	14.03.2025	B		
16b	3	33	Reduzierung Unterhaltungsmaßnahmen "Gebäude" um 425.000 €	CDU	Antrag vom 28.11.2024	ja	VA	29.11.2024	B		
16c	3	33, SBA	Reduzierung Unterhaltungsmaßnahmen "Straßen" um 250.000 €	CDU	Antrag vom 28.11.2024	ja	VA	29.11.2024	B		
16d	1	11	Erhöhung Vorwegabzug "Personal" um 500.000 €	CDU	Antrag vom 28.11.2024	ja	VA	29.11.2024	B		
16e	3	AFK, 31	Reduzierung Defizitausgleich AFK GmbH um 2.000.000 €	CDU	Antrag vom 28.11.2024	ja	VA	29.11.2024	B		
16f	3	31	Erhöhung Globale Minderausgabe um 1.425.000 €	CDU	Antrag vom 28.11.2024	ja	VA	29.11.2024	B		Gemäß § 24 Abs. 1 GemHVO gesetzliche Vorgabe auf max. 1 % der ordentlichen Aufwendungen. Verwaltung hat im HHE 2025 bereits 1 % GMA veranschlagt.
17	3	AFK, 31	Klage gegen Krankenhausfinanzierung/Kreisumlage Deswegen beantragen wir, eine solchen Klage -wie im Landkreis Freudenstadt bereits beschlossen-in die Wege zu leiten und zeitnah im Kreistag darüber berichten.	Freie Wähler	Seite 3/ A1	nein	AR KT	26.02.2025 14.03.2025	C		ähnlich lfd. Nr. 4 Antrag CDU
18	LR, 3	AFK, LR, 31	Begrenzung der Krankenhausberichte im Kreistag Die wirtschaftliche und medizinische Situation unserer Alb-Fils-Klinik beschäftigt uns bei fast jeder Kreistagssitzung und nimmt dabei viel Zeit in Anspruch. Wir schlagen vor, die Berichterstattung auf maximal 2 im Jahr zu beschränken oder einen reinen Bericht aus dem Aufsichtsrat zu integrieren, der ohne Diskussion zur Kenntnis genommen wird. Damit schaffen wir Beratungszeit für andere dringliche kreispolitische Themen und entlasten als Nebeneffekt die ehrenamtlich tätigen Kreisräte ihrer zeitaufwändigen Kreistagsarbeit.	Freie Wähler	Seite 3/ A2	nein	KT	lfd. ab 2025			wird zugesagt.

Lfd. Nr.	Federführung Dezernat	Amt/ Zuständigkeit	Antrag	Fraktion	Seite in der Rede/ Antrag	finanzielle Auswirkungen nach Jahren (soweit Angabe möglich)	im (Ausschuss)	Behandlung vorgesehen am/im	durch (A, B, C, D*)	Erledigungs- datum/ Ausschuss	Bemerkungen
19	LR	WIF, WRS/BKK	Die Steinbeis-Wif-Vereinbarung soll nicht verlängert werden Wir beantragen daher, die Steinbeis-Wif-Vereinbarung mit Ablauf des 30.11.2025 nicht zu verlängern und diese strategischen Aufgaben dauerhaft bei der Kreiswirtschaftsförderung im Landratsamt zu bündeln. Ein Ende dieser Kooperation generiert nicht nur dem Landkreis Göppingen, sondern auch seinen Städten und Gemeinden dauerhaft nicht unerhebliche monetäre Einsparpotentiale.	Freie Wähler	Seite 3/ A3	28.000 Euro Zuschuss LK an WIF	VA	28.02.2025	C		ähnlich lfd. Nr. 3 Antrag CDU, lfd. Nr. 52 FDP Die Strukturüberprüfung und Erarbeitung eines Vorgehensvorschlags für Beratung im VA wird initiiert.
20	5	52	Gemeinsamer Parkausweis für Handwerksbetriebe Wir beantragen daher, der Landkreis Göppingen geht auf alle Kommunen des Landkreises zu und klärt mit diesen, ob die grundsätzliche Bereitschaft für einen Handwerkerparkausweis für den gesamten Landkreis besteht und leitet dann alle notwendigen Schritte ein, um nach dem Beispiel des Rems Murr Kreises einen landkreisweiten Handwerkerparkausweis in Göppingen zu initiieren.	Freie Wähler	Seite 4/ A4	nein		1. Qt 2025	D		
21	2	22	Bericht über die Fortschritte des Ziels: Klimaneutralität bis 2040 Wir beantragen daher einen Bericht der Stabsstelle „Klimaschutz und Klimawandelanpassung“, in dem diese Schritte und mögliche Kooperationsprojekte mit den Kommunen aufgezeigt werden. Auch bitten wir darum konkrete Projekt zu benennen, bei denen die Kommunen durch die Stabsstelle unterstützt wurden.	Freie Wähler	Seite 5/ A5	nein	UVA	26.11.2024	A	26.11.2024	vgl. auch lfd. Nr. 49 sowie Mitbehandlung des Antrag A 5 zum Kreishaushalt 2024 , der noch offen ist.
22	2	AWB	Einführung einer Biotonne ab den Jahr 2026 Wir beantragen daher die Einführung einer Biotonne ab dem Jahr 2026 zu prüfen, um organische Abfälle regional zu verwerten und durch Biogasproduktion nachhaltige Energie zu erzeugen.	Freie Wähler	Seite 5/ A6	nein	UVA	26.11.2024	B	26.11.2024	ähnlich lfd. Nr. 39 Antrag SPD; i. Z. m. BU 2024/248
23	3	33, StBA	Hellere Fahrbahnbeläge für ein kühleres Klima Wir beantragen, dass die Verwaltung die Möglichkeiten, Kosten und Haltbarkeit solcher Beläge untersucht und die Ergebnisse dem Kreistag vorstellt. Dabei sollen auch Erfahrungen anderer Kommunen einfließen, um langfristig nachhaltige und klimafreundliche Entscheidungen im Straßenbau zu treffen.	Freie Wähler	Seite 6/ A7	nein	UVA	26.11.2024 1. HJ 2025	A C	26.11.2024	Erstinformation im UVA am 26.11.2024, ggf. weitere spätere Behandlung des Themas i. Z. m. BU 2024/220
24	1	11	Entwicklung eines Digitalisierungskonzepts Wir schlagen daher die Entwicklung eines integrierten Digitalisierungskonzepts vor, das messbare Ziele und einen klaren Zeitplan beinhaltet.	Freie Wähler	Seite 6/ A8	vorerst nein	VA	28.02.2025	C		
25	1	11	Einsatz eines KI-gestützten Protokollierungssystems Wir beantragen daher die Prüfung des Einsatzes eines KI-gestützten Protokollierungssystems, wie es beispielsweise „Scriba“ von Straiqr oder Speechmind bietet. Diese Lösung könnte datenschutzkonform und sicher eingesetzt werden und unterstützt die Arbeit der Geschäftsstelle des Kreistags effizient.	Freie Wähler	Seite 6/ A9	nein	FV-Runde	21.11.2024 1. Qt. 2025	C D	21.11.2024	ähnlich lfd. Nr 14 Antrag CDU Prüfung wird zugesagt
26	1	11, alle	Klare Unterscheidung zwischen Pflicht- und freiwilligen Aufgaben Wir beantragen daher eine detaillierte Prüfung, ob bestimmte Stellen und Projekte wie bspw. das Büro für Kreisentwicklung und Kommunikation, die Gleichstellungsbeauftragte, Klimafolgenanpassungsstellen, der Radverkehrsplaner, der Jugendhilfearbeitskreis, der Klimabeirat, die Altenhilfefachberatung und der Pflegestützpunkt als Pflichtaufgaben oder als freiwillige Leistungen des Landkreises anzusehen sind.	Freie Wähler	Seite 7/ A10	nein	VA	29.11.2024	B		im Rahmen der Stellenplan-BU; Vorgehen wird vorgestellt

Lfd. Nr.	Federführung Dezernat	Amt/ Zuständigkeit	Antrag	Fraktion	Seite in der Rede/ Antrag	finanzielle Auswirkungen nach Jahren (soweit Angabe möglich)	im (Ausschuss)	Behandlung vorgesehen am/im	durch (A, B, C, D*)	Erledigungs- datum/ Ausschuss	Bemerkungen
27	1	11	Zeitliche Verschiebung der Beamtenbeförderungen Als weitere Maßnahme zur Haushaltskonsolidierung schlagen wir die Einführung eines einheitlichen Beförderungstermins zum 1. August eines jeden Jahres vor.	Freie Wähler	Seite 7/ A11	Vorerst nein	VA	29.11.2024	B		im Rahmen der Stellenplan-BU
28	1	11	Entfristungspolitik Stattdessen empfehlen wir ein flexibles Personalkonzept, das es ermöglicht, auf schwankende Bedarfe angemessen zu reagieren. Dies bedeutet konkret: - Eine sorgfältige Einzelfallprüfung jedes Entfristungsantrags - Die bevorzugte Nutzung befristeter Verträge in Bereichen mit volatilen Bedarfen - Die regelmäßige Überprüfung der Notwendigkeit bestehender Stellen - Eine vorausschauende Personalplanung, die demografische und gesellschaftliche Entwicklungen berücksichtigt	Freie Wähler	Seite 8/ A12	vorerst nein	VA	29.11.2024	B		im Rahmen der Stellenplan-BU
29	5	51, KBM	Prüfung von Investitionen, für die digitale Infrastruktur bei Schulungen Wir beantragen, dass die Verwaltung prüft, welche Investitionen für digitale Infrastruktur, Ausrüstung und Schulungen notwendig sind, um im Ernstfall optimal vorbereitet zu sein.	Freie Wähler	Seite 8/ A13	nein	VA	09.05.2025	C		ähnlicher Antrag CDU lfd. Nr. 13
30	5	51, KBM	Bericht zu der Kostenverteilung bei einem Katastrophenfall Wir bitten auch um einen Bericht, ob beim Ausrufen eines Katastrophenfalls ein Großteil der für die Kommunen und Privatpersonen entstandenen Kosten, durch das Land zu tragen wäre.	Freie Wähler	Seite 8/ A14	nein	VA	09.05.2025	C		ähnlicher Antrag CDU lfd. Nr. 13
31	3	33, 11	Implementation einer Liegenschaftssoftware Die umgehende Implementation einer modernen Liegenschaftssoftware.	Freie Wähler	Seite 10/ A15	ja, ca. 35.000 € einmalig (Finanzierung noch im HH 2024), weitere laufende Kosten	VA	29.11.2024	A		
32	3	33	Sanierungsstaus beheben Die Entwicklung einer langfristigen Strategie zur Behebung des Sanierungsstaus.	Freie Wähler	Seite 10/ A16	ggf. bei Hinzuziehung Externer	VA	24.10.2025	C		
33	3	Kreisbau, 31	Dem Fachkräfte- und Arbeitskräftemangel durch Wohnangebote entgegenwirken Die Kreisverwaltung setzt die 2024 durchgeführte Wohnraumanalyse im Jahr 2025 durch einen spezifizierten Dialog mit den gemeinnützigen und freien Wohnungsbauunternehmen fort. Diese Spezifizierung soll sich auf die für die Entwicklung von Arbeitsplätzen und Wirtschaftskraft besonders bedeutsamen Bereiche des Mitarbeiterwohnens, des Azubiwohnens und des studentischen Wohnens konzentrieren und im Anschluss potenzielle Partner zusammenbringen.	SPD	Seite 1/A1	nein	VA	04.07.2025	C		Erstbeantwortung im Juli 2025. Ggf. Durchführung ähnlicher Wohnraumgipfel analog Okt. 2022 denkbar.

Lfd. Nr.	Federführung Dezernat	Amt/ Zuständigkeit	Antrag	Fraktion	Seite in der Rede/ Antrag	finanzielle Auswirkungen nach Jahren (soweit Angabe möglich)	im (Ausschuss)	Behandlung vorgesehen am/im	durch (A, B, C, D*)	Erledigungs- datum/ Ausschuss	Bemerkungen
34	3	33	Fahrradparkhaus im Berufsschulzentrum Öde Die Kreisverwaltung berichtet zum Stand der Einrichtung eines Fahrradparkhauses am Göppinger Berufsschulzentrum und legt im ersten Quartal 2025 dem VA einen Umsetzungsplan vor. Begründung: Schon länger ist ein Fahrradparkhaus am Berufsschulzentrum Öde nicht nur im Gespräch, sondern auch als sinnvoll und notwendig anerkannt. Damit können sowohl geordnete und sichere Verhältnisse wie auch Mehrbedarfe für mit dem Fahrrad kommende Schülerinnen und Schüler wie auch Lehrkräften erreicht werden. Dieser Antrag möchte Bewegung in das Projekt bringen und mögliche Widerstände bzw. Engpässe abklären.	SPD	Seite 1/A2	nein	VA	29.11.2024	A		Keine HH-Mittel. LK in HH-Konsolidierung.
35	3	32	Bericht zur drohenden Abwanderung von Klassen an den Berufsschulzentren Wir beantragen einen Bericht im Verwaltungsausschuss, welche Klassen aktuell gefährdet sind, und was unternommen wird, um diese zu halten. Gute gewerbliche Schulen mit einem breiten	SPD	Seite 1/ A3	ja, bei Verzicht auf Schulgeld (ca. 37.000 €)	VA	29.11.2024	B		Beantwortung in HH-BU 2024/167.
36	LR	BKK, WRS, Wifö, WIF	Mit Zuversicht in die Zukunft. Wirtschaftskraft stärken. Die SPD-Kreistagsfraktion beantragt: • Einen Bericht zur Struktur der Wirtschaftsförderung im Landkreis Göppingen. • Die im vergangenen Haushaltsjahr neu geschaffene Social-Media-Stelle soll zu 50 Prozent Aufgaben in der Kreiswirtschaftsförderung übernehmen. • Der Landkreis veranstaltet mit allen relevanten Akteuren einen „Zukunftsgipfel“, der die wirtschaftlichen Potentiale des Landkreises herausstellen soll.	SPD	Seite 1-2/ A4	Vorerst nein	VA	21.03.2025	C		ähnlich lfd. Nr. 2 und Nr. 3 Antrag CDU, lfd. Nr. 52 FDP Die Strukturüberprüfung und Erarbeitung eines Vorgehensvorschlages für Beratung im VA wird initiiert.
37	4	42, 32	Bericht zur Schulsozialarbeit im Landkreis In einem Bericht zur Schulsozialarbeit sollen folgende Fragen beleuchtet werden: Wie ist die Trägerstruktur im Landkreis (Gemeinden, Landkreis etc.)? Welche Anbieter/Träger sind im Landkreis aktiv? Gibt es bereits Möglichkeiten der Vernetzung der Mitarbeitenden in der Schulsozialarbeit? Wenn nein, könnte dies niedrigschwellig angeboten werden?	SPD	Seite 2/A5	nein	JHA	24.02.2025	C		
38	4	41, 42	Leitfaden Erwachsen werden mit Behinderung Viele Kinder mit geistiger Behinderung fallen mit 18 Jahren aus dem Eltern-Kinder-Verhältnis heraus und benötigen eine gesetzliche Betreuung. Viele Eltern wissen nicht, welche Schritte und auch zu welchem Zeitpunkt diese eingeleitet werden müssen. Wir beantragen deshalb im SoZA/JHA über die Möglichkeit zu beraten, wie Eltern niedrigschwellig unterstützt werden können, ggf. mit einem Leitfaden „Erwachsen werden mit Behinderung.“	SPD	Seite 2/A6	nein	evtl. gemeinsamer SoZA / JHA	06.10./ 07.10.2025	C		
39	2	AWB	Alternativen zum Biobeutel Im Umwelt- und Verkehrsausschuss soll bis spätestens zum Ende des 1. Halbjahres 2025 ergebnisoffen über mögliche Alternativen zum blauen Biobeutel beraten werden.	SPD	Seite 2/A7	nein	UVA	26.11.2024	B	26.11.2024	ähnlich lfd. Nr. 22 Antrag Freie Wähler; i. Z. m. BU 2024/248

Lfd. Nr.	Federführung Dezernat	Amt/ Zuständigkeit	Antrag	Fraktion	Seite in der Rede/ Antrag	finanzielle Auswirkungen nach Jahren (soweit Angabe möglich)	im (Ausschuss)	Behandlung vorgesehen am/im	durch (A, B, C, D*)	Erledigungs- datum/ Ausschuss	Bemerkungen
40	2	22	Hochwasserschutz im Landkreis gemeinsam angehen Wir beantragen, dass das Umweltschutzamt gemeinsam mit den Kommunen eine Kartierung erstellt, auf denen mögliche Retentionsflächen an den Zuflüssen der Fils, beginnend am Filsursprung bis nach Reichenbach, dargestellt werden.	SPD	Seite 2-3/A8	nein	UVA	21.10.2025	C		
41	3	31	Kreisumlage Der Kreisumlagehebesatz verbleibt auf der Höhe von 32,5 %	AfD	Seite 1 / Antrag 1	ja, mit -22.835.981€ (2025)	VA	29.11.2024	B		Beantwortung in HH-BU 2024/167.
42	5	51, 41	Kommunale Remigrations-Initiative (KoRi) Der Kreis richtet zum 1.1.2025 zwei Personalstellen für Strategie / Koordination ein. Zur Aufgabenstellung der strategischen Planstellen gehört insbesondere die Einrichtung und Umsetzung der strategischen Gesamtkonzeption. Hier sollen lebenslagenbezogene Beratungsangebote zur Beseitigung von Rückführungshindernissen realisiert werden, um die unterschiedlichsten Herausforderungen anzugehen, die hintereinander, oft aber auch parallel bewältigt werden müssen wie beispielsweise ausländerrechtliche Fragestellungen.	AfD	Seite 3 / Antrag 2	vorerst nein	VA	29.11.2024	B		
43	2	22, 31	Integrierter Klimaschutz Das Gesamtpaket „Integrierter Klimaschutz“ in Höhe von 469.364 Euro für das Jahr 2025 wird gestrichen und auch zukünftig nicht weiter fortgeführt.	AfD	Seite 4 / Antrag 3	nein	UVA	26.11.2024	B	26.11.2024	Es wird eine Tischvorlage geben. Antrag wurde im UVA abgelehnt.
44	LR	KSK	Überführung von 12,4 Mio. € aus den verfügbaren Gewinnen der KSK Im Rahmen der fortlaufenden Bemühungen um die Stärkung unserer kommunalen Finanzen und die Förderung regionaler Projekte beantragen wir, dass der Kreistag die Überführung von 12,4 Millionen € aus den verfügbaren Gewinnen der Kreissparkasse in den Kreishaushalt beschließt.	AfD	Antrag 4	ja, mit 12,4 Mio. € (2025)	VA	29.11.2024	B		Beantwortung in HH-BU 2024/167.
45	4	41, JC, Agentur für Arbeit	Verpflichtung von Asylbewerbern und Leistungsberechtigten von Bürgergeld zu gemeinnütziger Arbeit 1. Nach dem Vorbild des Saale-Orla-Kreises, wo ein solcher Antrag mit großer Mehrheit verabschiedet und nun erfolgreich umgesetzt wird, Arbeitsgelegenheiten nach den in § 5 Absatz 1 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) festgehaltenen Bedingungen für Leistungsberechtigte zu schaffen. Es ist ein Konzept zu erarbeiten, in dem Städte, Gemeinden und ggf. soziale Träger einbezogen werden. 2. Auf Grundlage des § 16d SGB II ein Konzept für Arbeitsgelegenheiten für erwerbsfähige Leistungsberechtigte von Bürgergeld, insbesondere Asylbewerber, in Kooperation mit dem Jobcenter sowie den Städten und Gemeinden im Landkreis Göppingen, sowie sozialen Trägern zu erarbeiten. 3. Eine Ansammlung konkreter Arbeitsgelegenheiten zu eruieren, die für Asylbewerber und Leistungsberechtigte nach SGB II in Betracht gezogen werden können. 4. Die Freisetzung etwaiger notwendiger finanzieller Mittel im Haushaltsplan 2025 zu ermöglichen. Refinanzierungs- und/oder Subventionsmöglichkeiten durch Bund und Land sind zu überprüfen. 5. Der Kreistag ist fortlaufend über den Sachstand der Konzepterarbeitung und alle weiteren diesen Antrag betreffenden Entwicklungen zu informieren.	AfD	Antrag 5	nein	SozA	27.05.2025	C		

Lfd. Nr.	Federführung Dezernat	Amt/ Zuständigkeit	Antrag	Fraktion	Seite in der Rede/ Antrag	finanzielle Auswirkungen nach Jahren (soweit Angabe möglich)	im (Ausschuss)	Behandlung vorgesehen am/im	durch (A, B, C, D*)	Erledigungs- datum/ Ausschuss	Bemerkungen
46	1	11	Erhöhung des Vorwegabzugs bei den Personalaufwendungen Eine Erhöhung des Vorwegabzugs (von 3 Mio.) scheint uns möglich angesichts der erwarteten Verrentungen, sowie Vakanzen an verschiedensten Stellen, Planansatz um 1,0 Mio. erhöhen.	Grüne	Seite 6 / Antrag 1	vorerst nein	VA	29.11.2024	B		im Rahmen der Stellenplan-BU
47	LR	BKK	Wirtschaftsförderung und Tourismus Prüfbericht zu Zusammenarbeit / Synergien Tourismus und Wirtschaftsförderung	Grüne	Seite 6 / Antrag 2	nein	VA	24.10.2025	C		
48	5	53, 22	Veranstaltung Klimaveränderungen belasten zunehmend die Gesundheit der Menschen. Mehr Hitzetote, steigende Infektionsrisiken, höhere Feinstaubbelastung. Veranstaltung zu dem Themenkomplex, um Bürgerinnen und Kommunen über Handlungsmöglichkeiten zu informieren.	Grüne	Seite 7 / Antrag 3	nein		1. Qt 2025	D		
49	2	22	Klima Klimaschutz, Klimafolgebvorbereitung und Biodiversität gehören zusammen. Berichtsteil zu Folgeabschätzung	Grüne	Seite 7 / Antrag 3a	nein	UVA KT	28.01.2025 07.02.2025	C		Im Rahmen der Vorstellung des Klimafolgenanpassungskonzepts
50	3	33, 22	Prüfung und/bzw. Machbarkeitsstudie zu einer PV-Überdachung an den Fahrrad-Abstellplätzen in Verbindung mit E-Ladesäulen für Autos und Zweiräder an der Öde und in Geislingen am BSZ	Grüne	Seite 7 / Antrag 4	nein	UVA	21.10.2025	C		
51	4	41, 33, 31	Kosten der Unterbringung Geflüchteter Überprüfung aller Unterbringungskosten durch die Landkreisverwaltung mit Blick auf mögliche Einsparpotentiale, insbesondere hinsichtlich der teils erheblichen Mietkosten für die Unterkünfte sowie den Sicherheitsdienst.	FDP	Seite 3 / Antrag 1	nein	SozA	25.02.2025	C		
52	LR	BKK, WIF	Neues Konzept der Wirtschaftsförderung - Erstellung eines Konzepts wie die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Göppingen nachhaltig verbessert werden kann, die Ansiedlung und Gründung neuer Unternehmen gefördert und bestehende Unternehmen vor dem Hintergrund der aktuellen Wirtschaftskrise bestmöglich unterstützt werden können. - Prüfung, inwieweit eine engere Kooperation mit der Wirtschaftsförderung der Städte Göppingen und Geislingen möglich ist.	FDP	Seite 5 / Antrag 2	vorerst nein	VA	21.03.2025	C		ähnlich lfd. Nr. 3 Antrag CDU, lfd. Nr. 19 Antrag Freie Wähler, lfd. Nr. 36 Antrag SPD Strukturüberprüfung und Erarbeitung eines Vorgehensvorschlags für Beratung im VA wird initiiert.
53	3	AFK, 31	Entscheidung über die Nachnutzung der Klinik Der Landkreis fordert die Stadt und den Gemeinderat Göppingen auf, zeitnah über die bauplanungsrechtliche und bauordnungsrechtliche Zulässigkeit der Nachnutzung des Klinikaltbaus am Eichert zu entscheiden.	FDP	Seite 7 / Antrag 3	ja, im Zusammenhang mit Nachfinanzierung "Klinik"	AR KT KT	11.11.2024 22.11.2024 10.12.2024 oder 07.02.2025	C	11.11.2024 22.11.2024	ähnlich lfd. Nr. 56 Antrag Die Linke- Antrag wurde am 27.11.2024 zurückgenommen.
54	5	55	Effizienter Linienbusverkehr - Wir beantragen eine Aufstellung und soweit notwendig, eine Erhebung der Fahrgastzahlen für den Linienbusverkehr im Landkreis Göppingen (insb. Linie 924 von Ebersach nach Bad Boll und Linie RT 65 von Zell u.A. nach Ohmden sowie Nachtbusverkehre am WE. - Erarbeitung eines neuen Konzepts, wie die Streckennetze durch flexible und smarte Angebote effizienter ausgestaltet werden können.	FDP	Seite 8 / Antrag 4	ggf. ja	UVA	26.11.2024	B	26.11.2024	ähnlich lfd. Nr. 9 Antrag CDU; i. z. m. BU 2024/246

Lfd. Nr.	Federführung Dezernat	Amt/ Zuständigkeit	Antrag	Fraktion	Seite in der Rede/ Antrag	finanzielle Auswirkungen nach Jahren (soweit Angabe möglich)	im (Ausschuss)	Behandlung vorgesehen am/im	durch (A, B, C, D*)	Erledigungs- datum/ Ausschuss	Bemerkungen
55	2	AWB	Biogasanlage und Blockheizkraftwerk Der Landkreis plant und baut eine Biogasanlage mit Blockheizkraftwerk auf einem für den Anschluss an die Strom- und Wärmeversorgung geeigneten Grundstück des Alb Fils Klinikums oder der Bergfeld-Siedlung, die spätestens bis zum Vertragsende für die derzeitige Biomüllentsorgung in Betrieb genommen werden kann.	FDP	Seite 9 / Antrag 5	nein	UVA	26.11.2024	B	26.11.2024	Erneuter Antrag; ähnlicher Antrag aus 2024 Nr. 54; i. Z. m. BU 2024/248
56	3	AFK, 31	Klinik am Eichert (Altbau) Wir wollen den Klinikabriss stoppen und beantragen die Nachnutzung des alten Klinikums durch einen Investor	Die Linke	Mail/ A1	ja, im Zusammenhang mit Nachfinanzierung "Klinik"	AR KT KT	11.11.2024 22.11.2024 10.12.2024 oder 07.02.2025	C	11.11.2024 22.11.2024	ähnlich lfd. Nr. 53 Antrag FDP
57	1	11, 31, 33, BKK	Beschaffung einer Fahnenstafette Um zu vermeiden mit rechtslastigen Fahnenbekundungen in Sitzungen traktiert zu werden, beantragen wir eine Saal dreier Fahnenstafette für die Europafahne, die Deutschlandfahne und die Landesfahne Baden Württemberg, (analog zum Sitzungssaal der Stadt Göppingen) denn unter diesen drei Fahnen tagen alle andere Parteien und Wählervereinigungen ebenfalls sehr gerne. Hierzu braucht es keine Symbolhaftigkeit der AfD. Ich darf Sie deshalb bitten den 2.455,57 € zuzustimmen. Das muss und dieser gemeinschaftliche Symbolaufschlag als demokratische Kräfte in unserem Sitzungssaal wert sein.	Die Linke	Mail/ A2	ja					Umsetzung wird zugesagt.